

Ratsgruppe GUT
Freie Wähler Köln

Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Rathaus, Köln

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 18.04.2018

AN/0591/2018

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	03.05.2018

Bürgerbefragung Ost-West-Achse

Sehr geehrte Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Kölner Ratssitzung am 3. Mai 2018 zu setzen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung zu prüfen, wie eine Bürgerbefragung zum Thema "Verstärkung der Ost-West-Achse des Kölner Stadtbahnnetzes" durchgeführt werden kann. Dabei sind folgende Punkte zu beachten:

1. Erfahrungen aus der letzten Bürgerbefragung zum möglichen Ausbau des Godorfer Hafens sollen berücksichtigt werden.
2. Auf ein Quorum soll verzichtet werden.
3. Die Befragung richtet sich an alle Kölner Einwohner*innen über 16 Jahren.
4. Die Ergebnisse der aktuellen Bürgerbeteiligung zur Ost-West-Achse sollen in die Befragung einfließen.
5. Kölns Einwohner*innen sollen zwischen zwei Varianten entscheiden können. Neben einer Lösung mit Tunnel, soll auch eine Lösung die auf einen Tunnel verzichtet zur Auswahl stehen.
6. Es ist ein Bürgerbefragungsverfahren zu wählen, das repräsentativ, dabei aber möglichst günstig ist.
7. Eine Selbstverpflichtung des Rates, das Ergebnis der Befragung umzusetzen, ist anzustreben.
8. Das Ergebnis der Prüfung soll dem Rat vor der Sommerpause vorgelegt werden. Die Bürgerbefragung soll vor dem angestrebten Termin der Beschlussfassung des Rates zur "Ost-West-Achse" erfolgen.

Begründung:

Der geplante Ausbau der sogenannten Ost-West-Achse des Kölner Stadtbahnnetzes wird Köln über Jahrzehnte hinaus beschäftigen. Damit meinen wir nicht nur den Bau selbst, sondern auch die Auswirkungen auf Kölns Mobilität. Ist die Entscheidung für eine Variante erst einmal gefallen, und die Finanzierung gesichert, sind Alternativen obsolet – die beschlossene Option wird das Stadtbahnnetz in Zukunft entscheidend prägen.

Eine Entscheidung dieser Tragweite sollte nach unserem Erachten nicht vom Rat alleine getroffen werden. Die Empfehlung der Bürgerbeteiligung wird am Ende zwar mit ein Argument in der stadtweiten Debatte vor dem Ratsbeschluss sein, aber eben nur eine Empfehlung. Dafür, dass der Rat dieser Empfehlung einfach folgen sollte, ist das gewählte Verfahren der Bürgerbeteiligung nicht repräsentativ genug. Auch die Methodik, wie die beteiligten Bürger*innen zu einer Empfehlung kommen sollen, erscheint uns intransparent. Die eindeutige öffentliche Festlegung auf Tunnellösungen, wie die der Oberbürgermeisterin, sowie der Beigeordneten für Verkehr erweckt zudem den Eindruck, dass das Verfahren leider nicht "ergebnisoffen" ist.

Die am 10. Juli 2011 durchgeführte Einwohnerbefragung zum Godorfer Hafen gilt für viele als gescheitert, die Antragsteller sehen dies nicht so. Es hatten sich zwar immerhin 130.400 Einwohner*innen beteiligt, in Prozenten war die Teilnahme der berechtigten Einwohner*innen mit stadtweiten 14,8% allerdings gewiss nicht hoch. Doch der Ausbau eines Hafenbeckens in Godorf hatte eben für viele Einwohner*innen Kölns auch nicht die stadtweite Bedeutung. In den Stimmbezirken in der Nähe des Godorfer Hafens wurden jedoch Teilnehmerquoten bis zu 48,5 % registriert. Bei einer Befragung zur Ost-West-Achse ist stadtweit eine wesentlich höhere Beteiligung zu erwarten, da die Entscheidung ob "oben" oder "unten" wesentlich mehr Einwohner*innen betreffen wird und somit bereits heute auch interessiert.

Der entscheidende Grund für das vermeintliche "Scheitern" der Godorf-Befragung war jedoch das Nicht-Erreichen eines Quorums. Mindestens 10% der Befragten sollten für Ja oder Nein stimmen. Die Gegner des Hafenausbaus lagen zwar mit 55,9% zu 44,1% deutlich vorne, es stimmten aber von allen möglichen Teilnehmer*innen lediglich 8,3% gegen den Hafenausbau – die 10%-Hürde wurde also verfehlt. Der Rat fühlte sich zu Recht nicht an seine freiwillige Selbstverpflichtung gebunden, und stoppte den Hafenausbau nicht.

Bei einer Befragung zur Ost-West-Achse im Jahr 2018 glauben wir jedoch zum einen an eine wesentlich höhere "Wahlbeteiligung" als noch 2011, ein 10%-Quorum würde mit Sicherheit erreicht. Zum anderen hätte ein Verzicht auf ein Quorum einen entscheidenden Vorteil: Die Aussicht, dass der Ausgang der Befragung auf jeden Fall umgesetzt wird, garantiert eine engagierte öffentliche Debatte, und führt voraussichtlich zu einer höheren Beteiligung.

Die Einschätzung, dass die Fragestellung für Kölns Einwohner*innen zu kompliziert sei, und sie es daher wünschen, dass der Rat diese Angelegenheit entscheidet, teilen wir nicht. Auch für meist ehrenamtliche Ratsmitglieder ist dieses Thema zu komplex, und der Großteil verlässt sich (vollkommen legitim) auf Empfehlungen der jeweiligen Experten. In Kölns Stadtgesellschaft gibt es zudem nicht nur Laien in diesen Fragen, sondern auch viele, die beruflich mit Verkehrsfragen beschäftigt sind und zum Meinungsbildungsprozess der Einwohner*innen wichtige Argumente beisteuern können.

Die oben erwähnte Relevanz der Entscheidung "oben" oder "unten" lässt uns zu dem Schluss kommen, dass es ein positives Signal wäre, zumindest zu prüfen, ob eine Einwohner*innenbefragung in diesem Fall sinnvoll ist.

Gez. Thor Zimmermann
Ratsgruppe GUT

Gez. Walter Wortmann
Einzelmandatsträger FWK